



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 10
Dienstag, 1. Juli 2014
18:02 - 20:04 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 27.08.2014

Vorsitz:	Georg Merz	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Andi Kunz Patrik Simmler Hansueli Scheck	AL JUSO SVP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 34 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Edgar Zehnder	SVP

TRAKTANDEN

1	Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	Seite 6
---	---	----------------

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES****EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

17.07.2012	Bericht des Stadtrates zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
25.09.2012	VdSR VBSh/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
20.11.2012	VdSR Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik	SPK
20.11.2012	VdSR Erweiterung Schulanlage Breite (Rückweisung an die Fachkommission Bau am 17. September 2013)	FK Bau
04.12.2012	VdSR Bauabrechnung Sanierung Eissportanlagen KSS	GPK
25.06.2013	VdSR Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats	SPK
11.02.2014	VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate	GPK
18.03.2014	VdSR Massnahmen zur frühen Förderung in der Stadt Schaffhausen	FK Soziales
18.03.2014	Postulat René Schmidt (OeBS): Unternehmensgründungen auf Stadtgebiet fördern	
25.03.2014	VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 8'762 m2 der städtischen Parzelle GB Nr. 21'534 "Herblingertal"	FK Bau
31.03.2014	Motion Patrik Simmler (JUSO): Mehr Mitsprache für die Jugend	
29.04.2014	Postulat Martin Egger (FDP): Schluss mit staatlicher Finanzierung privater Hobbys und Prüfung nachhaltiger Nutzung des Kammgarnareals	
06.05.2014	Interpellation Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP), René Schmidt (OeBS, Hermann Schlatter (SVP): Kein Abbau des Postservice im Stadtgebiet, Standort- und Lebensqualität in allen Quartieren erhalten	
06.05.2014	Interpellation Daniel Schlatter (SP): Erhalt der Poststellen in den Quartieren und vor allem keine Kürzung der Dienstleistungen	
13.05.2014	VdSR Ausgestaltung der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL) nach Wegfall der Kantonsbeiträge	FK Soziales
27.05.2014	VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 2'239 m2 der städtischen Parzelle GB Nr. 8564 "Merishausertal"	
02.06.2014	Verfahrenspostulat Martin Jung (AL): Ermöglichung der Diskussion von Interpellationen	
03.06.2014	Postulat René Schmidt (OeBS): Erhalt von Fussball- und Trainingsplätzen auf der Breite	
11.06.2014	Postulat von Stefan Marti (SP): "Das Kapital" retten und die Hallen kulturell nutzen	
17.06.2014	VdSR Abgabe der künftigen städtischen Parzelle GB 22066 "Herblingertal" von 14'200 m2 im Baurecht	

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Bericht des Stadtrats vom 22. April 2014: Jahresrechnung 2013 der Stadt Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat heisst den Bericht des Stadtrats der Stadt Schaffhausen vom 22. April 2014 an den Grossen Stadtrat zur Rechnung 2013 sowie den Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2013 des Stadtrats in der Schlussabstimmung mit 34:0 Stimmen wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag auf Erhöhung von CHF 700'000.-- auf dem Konto 6231.366.205 mit 32:0 Stimmen gut.

Die vorliegende Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird gemäss Art. 27 Abs. 1 lit. h der Stadtverfassung genehmigt.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Georg Merz (OeBS)**, eröffnet die Sitzung Nr. 10 vom 1. Juli 2014 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten und der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatte.

Zuweisungsvorschläge des Büros in vorberatende Kommission:

1. VdSR Abgabe der künftigen städtischen Parzelle GB 20066 "Herblingertal" von 14'200 m² im Baurecht vom 17. Juni 2014: Zuweisungsvorschlag GPK. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Hermann Schlatter (SVP):

"Keine Angst Andi Kunz, ich werde keine persönliche Erklärung abgeben und möchte auch nicht gegen die Zuweisung der Baurechtsvorlage für den FCS-Park an die GPK sprechen. Vielmehr möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass sich unsere Fraktion damit schwer tut, nun vom Stadtrat wieder nur die Fussballstadion-Vorlage zu erhalten und nicht gleichzeitig auch über den Finanzierungsbeitrag an die BBC-Arena beraten zu können. Am 12. April 2012 hat die GPK der letzten Amtsperiode beschlossen, die seinerzeitige Stadionvorlage zu sistieren. Bereits damals hatten sich die GPK-Mitglieder dahingehend ausgesprochen, dass beide Vorlagen - das heisst das Fussballstadion und die BBC-Arena - gemeinsam in den Rat kommen sollten. Heute, nach mehr als zwei Jahren, stellen wir fest, dass dem nun wieder nicht so ist; dies ist wirklich unverständlich und bedauerlich.

Warum sind wir der Meinung, dass beide Vorlagen gemeinsam verabschiedet werden sollten? Sollte sich ergeben, dass das Parlament die Baurechtsvorlage für das Stadion dem Volk unterbreiten will, was angesichts der unklaren Konsequenzen beim vorzeitigen Heimfall wohl angebracht wäre, vertritt unsere Fraktion nach wie vor die Auffassung, dass dann gleichzeitig über die Kostenbeteiligung an die BBC-Arena abgestimmt werden muss. Wir wollen nicht, dass die beiden Sportarten gegeneinander ausgespielt werden. Ich bitte den Stadtrat deshalb inständig, dass die BBC-Arena-Vorlage vorwärts getrieben wird, damit sie an der ersten Sitzung nach den Sommerferien zugewiesen werden kann. Ich glaube, dafür müsste auch Unternehmer Behr Verständnis aufbringen. "

SR Urs Hunziker:

"Wie ich bereits in der GPK-Sitzung erläutert habe, beabsichtigt der Stadtrat, die bereits von den Leistungserbringern unterzeichnete Leistungsvereinbarung dem Grossen Stadtrat zusammen mit der Vorlage vorzulegen.

Ich kann Sie dahingehend orientieren, dass ich letzte Woche von Dr. Giorgio Behr das definitive "Gut" zur Leistungsvereinbarung erhalten habe, und damit können wir voraussichtlich am 29. Juli 2014 im Stadtrat die pfannenfertige Vorlage beraten, so dass der Überweisung an den Stadtrat unmittelbar nach den Sommerferien nichts mehr im Weg stehen sollte. "

2. Verfahrenspostulat von Martin Jung (AL) vom 2. Juni 2014 betreffend Ermöglichung der Diskussion bei Interpellationen: Zuweisungsvorschlag Büro. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Orientierung von SR Dr. Raphaël Rohner zu Berichterstattung KBA Hard:

”Die retrospektive Berichterstattung zur KBA ist erstellt und wird zurzeit noch redaktionell überarbeitet. Anschliessend wird der Bericht allen Mitgliedern der Verwaltungskommission zugestellt. Der Grosse Stadtrat sowie alle Verbandsgemeinden erhalten die Berichterstattung nach den Sommerferien.

Information von Dr. Katrin Bernath (GLP):

”Ich möchte eine Kurzinformation zu unserer Fraktion abgeben: Wenn Sie heute die Schaffhauser Nachrichten gelesen haben, konnten Sie unter dem Titel “Neue Kraft in der Mitte” lesen, dass die Grünliberale Partei Schaffhausen gestern offiziell gegründet wurde. Deshalb sind wir in unserer Fraktion nun ein Vierer-Kleeblatt mit dem Namen OeBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion. Unabhängig davon, wie wir heissen, werden wir die gute Zusammenarbeit und Diskussionskultur in unserer Fraktion fortsetzen.“

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Einladung zur Jungbürgerfeier am 8. August 2014
- Newsletter der Wirtschaftsförderung vom Juni 2014
- Personalzeitung “blickfang” Ausgabe Juli 2014
- Exposé/Stellungnahme der Stadtkanzlei zum Thema “Fragen der Kostenrisiken bei vorzeitigem Heimfall und bei Liquidation” vom 27. Juni 2014 zur VdSR Abgabe der künftigen städtischen Parzelle GB 22066 "Herblingertal" von 14'200 m2 im Baurecht

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 7 vom 20. Mai 2014 wurde vom Büro genehmigt und liegt zur Einsichtnahme auf dem Kanzleitisch auf. Begehren auf Änderungen sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro mitzuteilen. Das Protokoll gilt somit unter dem Vorbehalt von Art. 32 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats als genehmigt.

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 8 vom 3. Juni 2014 ist vom Büro genehmigt und liegt an der nächsten Ratssitzung zur Einsichtnahme auf. Das Ratsprotokoll Nr. 9 vom 17. Juni 2014 ist vom Büro noch nicht verabschiedet und wird nach den Sommerferien zur Einsichtnahme aufliegen.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde
Schaffhausen****Peter Möller (SP)****Bericht der GPK**

Ich freue mich, Sie über die Behandlung der Stadtrechnung in der GPK zu informieren, bedaure jedoch, Sie dadurch vom WM-Spiel der Schweizer Nationalmannschaft abhalten zu müssen. Doch im Saal haben wir ja eine Wireless-Internetverbindung, und ich bemerke, dass sich verschiedene Ratsmitglieder schon während der Debatte auf dem Laufenden halten und damit die Informationen wohl dann auch den Weg zu den übrigen Anwesenden finden werden.

Nun zum Rechnungsabschluss: Das Resultat der Rechnung darf wohl als ein 1:0 für die Stadtkasse qualifiziert werden. Statt des budgetierten Fehlbetrages von rund CHF 3.2 Mio. schliesst die Rechnung mit einem Mehrertrag von rund CHF 3 Mio. ab, also CHF 6.2 Mio. besser als erwartet. Dies bei Gesamtausgaben in der Laufenden Rechnung von rund CHF 236.7 Mio. und Gesamteinnahmen von rund CHF 239.7 Mio. Dies ist – man darf es ruhig sagen – sehr erfreulich und dem viel kritisierten Stadtrat und seiner Verwaltung ist hierfür ein grosses Lob auszusprechen. Hinsichtlich der Gesamtübersicht und der Detailzahlen verweise ich Sie gerne auf die Ihnen zugestellten schriftlichen Unterlagen, wobei Sie Finanzreferent Peter Neukomm noch im Detail informieren wird.

Verschiedene Dinge sind bei der Durchsicht aufgefallen. Erfreulich ist, dass der Abwärtstrend bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen gestoppt hat; hoffen wir, dass dies nicht nur einen kurzen Marschhalt darstellt. Einmal mehr ist die hohe Budgettreue, welche an den Tag gelegt worden war, zu erwähnen. Insbesondere bei den durch die Stadt beeinflussbaren Kosten in der Laufenden Rechnung bestehen kaum Abweichungen zu den vorgesehenen Ausgaben. Es scheint, dass hier grosser Wert auf die Einhaltung des Budgets gelegt wird, und dies auch durchgesetzt wurde.

Auf der anderen Seite fiel bereits bei der ersten Durchsicht der Verpflichtungskreditkontrolle die massive Kostenüberschreitung beim Kulturgüterdepot auf. Die GPK wurde bei der ersten Fragenrunde kurz über die bis dahin getroffenen Abklärungen informiert und wird nach Abschluss der Untersuchungen sicher noch detaillierter informiert werden.

Sodann muss festgehalten werden, dass auch diesmal wieder Sonderfaktoren Einfluss auf die Rechnung nahmen: So schlugen einerseits Buchgewinne mit CHF 5.1 Mio. bei den Einnahmen und ausserordentliche Abschreibungen in Höhe von CHF 2 Mio. Franken zu Buche.

Und ich komme nun noch zu meinem Ceterum Censeo: Nachdenklich muss auch stimmen, dass, obwohl die Stadt auch im Jahr 2013, wie eigentlich schon seit Jahren, äusserst zurückhaltend in den Unterhalt investiert hat, die Investitionen nur ungenügend aus eigener Kraft finanziert werden können.

Die GPK ist am 5. Mai 2014 mit 7 : 0 Stimmen auf die Rechnung 2013 eingetreten. Wie üblich wurden zwei Gruppen gebildet, die je einen Fragenkatalog zuhanden des Stadtrats zusammenstellten. Der Tradition entsprechend gehörte der Sprechende beiden Gruppen an.

Am 6. Juni 2014 fand die erste Sitzung zur Beantwortung der gestellten Fragen statt.

Dabei konnte bereits ein grosser Teil der aufgeworfenen Fragen durch Stadtrat Peter Neukomm, Ralph Kolb, Zentralverwalter, und Patrik Eichkorn, Leiter Finanzkontrolle, beantwortet werden.

Die so genannte Elefantenrunde wurde am 18. Juni 2014 durchgeführt. Die noch offenen Fragen konnten durch Stadtrat Peter Neukomm, den Stadtpräsidenten und die übrigen Stadträte, Ralph Kolb und Patrik Eichkorn zu unserer Zufriedenheit geklärt werden, weshalb die GPK gleichentags dem Antrag des Stadtrates in der Schlussabstimmung mit 7:0 Stimmen einstimmig folgen konnte.

Mit Schreiben vom 17. Juni 2014 hat mich die Finanzkontrolle von Stadt und Kanton über den Stand ihrer Prüfung der Jahresrechnung 2013 in Kenntnis gesetzt. Bis dann waren Prüfungen in folgenden Bereichen erfolgt:

- Bericht des Stadtrates
- Gesamtergebnis Verwaltungsrechnung
- Sachgruppenstatistik
- Spezialfinanzierungen
- Städtische Fonds

Im Weiteren hat die FIKO analytische Prüfungshandlungen sowie Konsistenzprüfungen über die ganze Jahresrechnung 2013 (Bestandesrechnung, Laufende Rechnung, Investitionsrechnung sowie Verpflichtungskreditkontrolle) durchgeführt.

Ferner konnten folgende separate Buchhaltungen (Spezialverwaltungen) beziehungsweise Spezialgebiete bis zum jetzigen Zeitpunkt geprüft werden:

- Verkehrsbetriebe 2013 (inklusive der Revision der Linienerefolgsrechnung 1 und 6, Aufteilung der Kosten- und Ertragsanteile der Gemeinden Schaffhausen/ Neuhausen am Rheinflall)
- Stiftung Impuls 2013
- Kläranlageverband Schaffhausen, Neuhausen am Rheinflall, Feuerthalen und Flurlingen 2013 (ARA Röti, KBA Hard, MKD Pflumm)

Gerne zitiere ich das Fazit der Finanzkontrolle, welches lautet: *Zum augenblicklichen Zeitpunkt unserer Prüfungstätigkeit gibt es keine Einwände gegen eine Abnahme der Jahresrechnung 2013 der Stadt Schaffhausen durch den Grossen Stadtrat.*

Nun habe ich aber noch folgende Ergänzung zum Konto 6231.366.205 anzubringen:

Anlässlich der Sitzung vom 20. Februar 2014 hat sich die GPK mit der Thematik der Bildung von Rückstellungen für bereits reservierte Energieförderungsbeiträge befasst. Die Finanzkontrolle beantragte eine buchhalterische Bereinigung innerhalb einer Periode (dies mittels ausserordentlichen periodenfremden Aufwendungen von CHF 1'956'000.--). Der Stadtrat wollte diese Bereinigung in zwei Schritten in den Rechnungen 2013 und 2014 vornehmen. Die GPK gab dem Antrag der FIKO mit 6:0 Stimmen bei einer Enthaltung den Vorzug. Wie Sie der Rechnung entnehmen können, wurden nun rund CHF 700'000.-- mehr diesem Konto belastet als Rückstellung. Die Differenz zu den CHF 1.95 Mio. beruht darauf, dass der zuständige Sachbearbeiter der Zentralverwaltung auf verschiedene Nachfragen mitteilte, dass dies ausreiche. In der Zwischenzeit kamen die FIKO wie auch die

betroffene Amtsstelle zum Schluss, dass dies wohl doch nicht stimmt und rund CHF 700'000.-- zu wenig in die Rechnung aufgenommen worden seien. Darüber hat mich die FIKO heute über Mittag telefonisch informiert. Die genaue Summe kann derzeit jedoch leider nicht eruiert oder verifiziert werden, da der zuständige Sachbearbeiter seit einem Monat krankheitshalber ausgefallen ist.

Es stellt sich daher die Frage, ob nun die Bereinigung mit der Rechnung 2014 und in Kenntnis der genauen Zahlen erfolgen soll oder ob der Grosse Stadtrat, dem Vorsichtsprinzip folgend, den betreffenden Budgetposten um CHF 700'000.-- aufstocken will (Seite 144, Position 6231.366.205). Für die Finanzkontrolle sind beide Wege möglich, wichtig ist einfach, dass der Rat von diesem Umstand Kenntnis hat. Er stellt aber keine wesentliche Abweichung dar, welche die Genehmigung der Rechnung grundsätzlich in Frage stellen würde.

Als GPK-Präsident fühle ich mich dem Beschluss der GPK vom 20. Februar 2014 verpflichtet und werde Ihnen zu gegebenem Zeitpunkt den Antrag auf Erhöhung dieser Rechnungsposition um CHF 700'000.-- stellen.

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen, dem Finanzreferenten Peter Neukomm für das grosse Vertrauen in die GPK-Mitglieder und für die stets offene und respektvolle Kommunikation. Danken möchte ich ausserdem Stadtpräsident Thomas Feurer und den Stadträten Urs Hunziker, Dr. Raphael Rohner und Simon Stocker für ihre geleistete Arbeit. Speziell danke ich aber auch meinen Kolleginnen und Kollegen der GPK und unserer Ratssekretärin Gaby Behring für die Zusammenarbeit.

Treten Sie auf die Jahresrechnung 2013 vom 22. April 2014 ein und stimmen Sie dem Antrag gemäss Seite L der Jahresrechnung 2013 der Stadt Schaffhausen zu.

SP/JUSO-Fraktionserklärung:

Auch unsere Fraktion freut sich über den einmal mehr positiven Rechnungsabschluss, wird auf die Rechnung eintreten und dem Antrag zustimmen. Selbstverständlich schliesst sich auch unsere Fraktion dem Dank an die Mitarbeitenden der Stadt und an den Stadtrat an. Zur Rechnung selbst gibt es aus unserer Sicht nicht allzu viel zu sagen, länger reden werden wir dann wohl beim Budget 2015.

Ich erwähnte es bereits im vorangehenden Votum. Bei der Stadt Schaffhausen besteht bezüglich des Unterhalts der städtischen Immobilien immenser Nachholbedarf. Wir sagen es zum x-ten Mal, doch Nachhaltiges und Spürbares geschieht kaum. Insbesondere sieht man dies beim eigentlichen Filetstück der städtischen Immobilien, dem Stadthausgeviert. Anscheinend müssen hier nun schon nur aus bau- oder feuerpolizeilichen Gründen Notinvestitionen getätigt werden. Dabei soll ein kompletter, soweit ausführbarer Sanierungsplan vorliegen. Hier fragen wir uns schon, weshalb geht hier nichts. Hat man Angst vor dem Grossen Stadtrat und dem Volk? Es ist uns klar, dass es hier um ein erhebliches Volumen und damit auch um erhebliche Kosten geht. Doch kann es nicht angehen, diese Liegenschaften einfach verlottern zu lassen. Wir erwarten, dass der Baureferent in dieser Angelegenheit endlich Nägel mit Köpfen macht und dem Rat möglichst bald eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Sollte hierfür eine Erhöhung des Steuerfusses notwendig sein, bieten wir dazu Hand. Daneben ist natürlich auch dem übrigen Unterhalt die gebührende Achtung zu schenken.

Abschliessend möchte ich nochmals allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz im letzten Jahr danken. Die **SP/JUSO-Fraktion** tritt auf die Rechnung ein, wird sich allenfalls noch mit Fragen melden und wird dem Antrag auf Abnahme der Rechnung zustimmen. “

Hermann Schlatter (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Nachdem Ihnen GPK-Präsident Peter Möller die Rechnung 2013 kompetent vorgestellt hat, wofür ich ihm herzlich danke, beschränke ich mich bei meinen Ausführungen auf einige, im Rahmen der GPK-Beratungen zur Rechnung gemachte Feststellungen.

Die SVP/EDU-Fraktion zeigt sich erfreut über den Rechnungsabschluss 2013, der gegenüber dem Budget um rund CHF 3 Mio. besser abschliesst als vorgesehen. Ein Wermutstropfen scheint uns aber zu sein, dass ein wesentlicher Teil dieser Ergebnisverbesserung aus Mehreinnahmen stammt, die leider nicht nachhaltig sind. Es waren die Liegenschaftsverkäufe, die mit CHF 5.02 Mio. um rund CHF 3.5 Mio. über Budget lagen, und damit wesentlich zum besseren Rechnungsergebnis beitragen.

Trotzdem ist es der Stadt gelungen, dank guter Budgettreue, leider mit ein paar wenigen Ausnahmen, auf welche ich noch zu sprechen komme, die Ausgaben im Griff zu halten; dies insbesondere dort, wo sie die Stadt direkt beeinflussen kann. Leider müssen wir aber auch feststellen, dass das Ausgabenwachstum insbesondere dort nicht gestoppt werden konnte, wo es der Stadtrat nur bedingt beeinflussen kann, nämlich bei den Kosten im Bereich der Existenzsicherung, und hier vor allem bei den Aufenthaltskosten in Heimen und Spitälern und bei der Abgeltung für höhere Beiträge an die Krankenkassenprämien. Insgesamt kann aber von einer besseren Budgetdisziplin gesprochen werden.

Ein grosses Lob und einen speziellen Dank möchten wir dem Bereichsleiter Finanzen, Ralph Kolb, aussprechen. Er hat zahlreiche Inputs und Anregungen, die wir in der GPK eingebracht haben, aufgenommen und umgesetzt. Insbesondere ist eine klare Verbesserung in der Darstellung und Übersichtlichkeit der Kennzahlenaufbereitung und Kommentierung festzustellen; das ist wirklich top. Ebenfalls erfreulich ist die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle. Hier dürfen wir auf die sachkundige Unterstützung von Patrik Eichkorn und Pascal Bayard zählen.

Wir nehmen ebenfalls mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Stadtrat bestrebt ist, die Verpflichtungskreditkontrolle aktiver zu bewirtschaften. Insbesondere hier erhoffen wir uns inskünftig durch die aufgegleisten Massnahmen ein verbessertes Controlling und auch ein verbessertes Projektmanagement, indem die Projekte zügig vorangetrieben und planmässig abgeschlossen werden. Zum von unserem Parlament erheblich erklärten GPK-Postulat „Wirksames Projektcontrolling“ erwarten wir vom Stadtrat baldmöglichst lösungsorientierte wirksame Vorschläge.

Positiv beurteilen wir die vom Stadtrat gemachten Äusserungen zu den Nachfolgemassnahmen SLA, dessen Schlussbericht uns auf Ende Jahr versprochen worden ist und gemäss Stadtpräsident Feurer sehr wichtige „Lessons learned“ enthalten soll. Unsere Fraktion erachtet es als wichtig, die SLA weiterzuführen, denn unserer Ansicht nach können nur so Ressourcen für neue Dienstleistungen und Investitionen frei gespielt werden. Besonders im Effizienzbereich (Prozesse, Organisation, Struktur, Führung) sehen wir immer noch beträchtliches Potenzial für Verbesserungen und hoffen, dass der Stadtrat den Mut hat, dies weiterhin

anzugehen, denn Steuererhöhungen sind für unsere Fraktion nach wie vor kein Thema, besonders nicht, wenn das SLA-Programm nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit weitergeführt wird. Handlungsfreiheit schaffen, und davon spricht Finanzreferent Neukomm ja gerne, bedeutet für uns nicht einfach, die Steuern zu erhöhen, sondern Massnahmen für einen gesunden Haushalt einzuleiten, wie dies heute, aufgrund der ersten SLA-Massnahmen, schon geschieht, wobei das Tempo bei der Umsetzung der erkannten Massnahmen unserer Auffassung nach etwas forciert werden könnte.

Nicht ganz verstehen können wir, warum man sich in der Stadt bei der Mietgelderhöhung der Parkplätze für das Personal (Konto 3303.427.104, Seite 50) derart schwer tut. Zwar wurde im vergangenen Februar das entsprechende Reglement endlich vom Stadtrat verabschiedet, bei der Umsetzung hapert es aber aufgrund von Informationen aus der Verwaltung schwer. Scheinbar handelt es sich bei diesem Thema um ein „Heiligtum“ für die Mitarbeitenden. Hier zeigt sich, dass sich der Stadtrat dem Bürger gegenüber konsequenter durchgesetzt hat, als er es beim eigenen Personal tut; immerhin hat er die von diesem Rat im vorletzten Jahr beschlossene Parkplatzgebührenerhöhung zügig vorangetrieben und eingeführt.

Nach der Umsetzung des VoIP-Projektes durch die KSD, also der Internet-Telefonie, (ich spreche zur Nutzung von Kommunikationsmitteln (Konto 3201 auf Seite 38)), erwarten wir eine Senkung der Kommunikationskosten, was ja das Ziel für die Einführung von VoIP sein soll. Die KSD stellte der GPK eine Stellungnahme zu, worin sie Umleitungen von Fixnet auf Mobiltelefone und neue Datenabonnements als Kostentreiber identifiziert. Die KSD ist für die Bereitstellung der Dienste verantwortlich. Wie sie genutzt werden, ist aber Sache des Stadtrates und der Bereichsleiter. Hier erachten wir die von Stadtrat Peter Neukomm angekündigte Thematisierung „Nutzung der richtigen Kommunikationsmittel“ anlässlich einer Bereichsleitertagung als zielführend, denn nur bei konsequenter Durchsetzung lassen sich Kosteneinsparung im Rahmen des VoIP-Projektes realisieren.

Ich habe zu Beginn meines Berichts darauf hingewiesen, dass wir gewisse Bereiche geortet haben, wo die Budgettreue zu wünschen übrig lässt, so im Museum zu Allerheiligen und im Künzle-Heim. Beim Museum zu Allerheiligen ist die Budgetdisziplin immer noch mangelhaft, obwohl wir dies schon anlässlich der letzten Rechnungs- und Budgetdebatten monierten; denn hier frass der Mehraufwand die erfreulich erzielten Mehreinnahmen der Ankerausstellung wieder weg. Dies darf nicht sein und ist bedauerlich.

Unverständlich ist für uns auch der eingeholte Nachtragskredit für die „à-la-carte Menu“ im Künzle-Heim (4321.313.200): Das Künzle-Heim scheint nicht nur beim Bau, sondern auch beim Betrieb zum Problemfall zu werden. Die Betriebskosten steigen auffallend stark an und das Bewusstsein, das Budget einzuhalten, ist ungenügend. SR Simon Stocker erklärte in der GPK den wahren Grund für den Nachtragskredit: Dieser Kredit wurde vom Stadtrat erst nachträglich bewilligt, nämlich dann, als klar war, dass der budgetierte Betrag nicht ausreichte. Die Steigerung ist wohl nur zu einem kleinen Teil auf notwendige Verbesserungen in der Hygiene und das geänderte Einkaufsverhalten zurückzuführen. Gravierend ist aber, dass es wohl am fachkundigen Einsatz der Küchenbrigade mit einer klaren Führung mangelt, der es zu einem grossen Teil an nötigem Kostenbewusstsein fehlte. Hier fordern wir, dass die Kostenkontrolle beim Künzle-Heim wesentlich verbessert wird, die QDZ-Leitung sich inskünftig an die vom Parlament verabschiedeten Budgetvorgaben hält und keine Sonderzüge, wie dies in den vergangenen Jahren wiederholt

vorgekommen ist, gefahren werden. Hier ist der zuständige Referent, SR Simon Stocker, aber auch der gesamte Stadtrat in der Verantwortung.

Unverständlich für unsere Fraktion ist auch die getroffene Darstellungsmassnahme bei der Auslastung/Benchmark Spitex-Region Schaffhausen. Weil die Overhead-Kosten neu bei der Auslastungskennzahl herausgerechnet wurden, steht die städtische Spitex nun auf einmal nicht mehr so schlecht da. Wie die Ausführungen in der GPK zeigten, ist die Vergleichbarkeit aber grundsätzlich nicht gegeben (Ausbildungsanteil und Strukturen sind unterschiedlich) und zu den Overhead-Kosten besteht keine Vergleichsbasis. Ein Benchmark-Tool wurde angeschafft, aber noch nicht eingeführt, und die Funktionalität ist unklar. Seitens des Kantons gibt es diesbezüglich keine klaren Vorgaben, die einen Vergleich erlauben würden. Unsere Fraktion erwartet hier eine Verbesserung, indem aussagekräftige Kennzahlen zur Effizienz der Spitex erarbeitet werden; dies muss gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem Kanton in Angriff genommen werden.

Die Finanzkontrolle deckte auf, dass die Subventionen für Sanierungen im Förderprogramm Energie falsch verbucht wurden; dies wurde bereits von GPK-Präsident Peter Möller erwähnt. Statt die gesprochenen Fördergelder wurden über Jahre nur die effektiv ausbezahlten Subventionsgelder budgetiert und auch verbucht. Weil zwischen der Zusage und der Abholung der Gelder einige Jahre vergehen können, bestanden Ende 2013 aufgrund von Berechnungen der Finanzkontrolle noch nicht ausbezahlte, aber fix versprochene Verpflichtungen über CHF 1.95 Mio. Diese sind aufgrund des Vorsichtsprinzips, das gemäss der anzuwendenden Rechnungslegung Gültigkeit besitzt, bereits im Zeitpunkt der potenziellen Verbindlichkeit, das heisst im Zeitpunkt der Zusicherung, zu verbuchen.

Die GPK verlangte auf Empfehlung der Finanzkontrolle an ihrer ersten Sitzung in diesem Jahr, dass diese Summe von CHF 1.95 Mio. in der Rechnung 2013 vollständig berichtigt wird. Wie sich scheinbar im Nachhinein ergab, mussten anstelle der CHF 1.95 Mio. lediglich CHF 0.9 Mio. mittels einmaliger Bereinigung berichtigt werden. Diese Differenz ist mir erst beim Verfassen unserer Fraktionserklärung am Sonntagnachmittag aufgefallen. Meines Erachtens wäre es wünschenswert, wenn die GPK inskünftig über solche Änderungen ins Bild gesetzt würde. Die nun genannte Berichtigung über CHF 0.9 Mio. führt zur gezeigten massiven Budgetüberziehung. Einmal mehr zeigt sich, dass bei Öko-Subventionen finanztechnisch nur ungenügend kritisch hingeschaut wird. Der Fehler ist für die Zukunft korrigiert. Aber wir erwarten, dass künftig nur so viele Subventionen zugesagt werden, wie im entsprechenden Jahr auch budgetiert sind.

Die aufgedeckte Kostenüberschreitung beim Verpflichtungskredit für den Neubau des Kulturgüterdepots inklusive bauliche Anpassungen im Museum von rund 15%, aber auch beim Verpflichtungskredit Umzugskosten, stellt die Stadt einmal mehr in ein schlechtes Licht. Was hier abgelaufen ist, ist unverständlich und für Aussenstehende nicht nachvollziehbar. Hier erwarten wir eine lückenlose Aufklärung mit nachvollziehbaren Erklärungen dem Parlament und der Bevölkerung gegenüber. Wir erwarten aber auch, sofern angezeigt, personelle Konsequenzen. Im Gegensatz zum Desaster bei der KBA Hard, wo die Strukturen und direkten Verantwortungen durch die Zweckverbandsorganisation wesentlich komplexer sind, meinen wir, dass beim Kulturgüterdepot Linienverantwortliche für das Geschehene zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Bekanntlich hat uns Baureferent SR Dr. Raphaël Rohner mitgeteilt, dass in seinem

Referat Budget- und Kostenkontrolle und Projektmanagement stark verbessert wurden. Diesbezüglich haben wir in der GPK beliebt gemacht, die Finanzkontrolle solle die eingeführte Struktur überprüfen, um sicher zu sein, dass die Prozesse nun wirkungsvoll sind, was sowohl bei der GPK als auch beim zuständigen Referenten positiv aufgenommen und in Auftrag gegeben wurde.

Positiv erwähnt werden darf sicher die Punktlandung bei den Gemeindesteuern, Seite 32, die mit CHF 115.4 Mio. rund eine Million über Budget liegen. Insbesondere erfreulich scheint uns der Steuereingang der Unternehmen zu sein, der um 15% oder CHF 2.76 Mio. über Budget liegt, und dies trotz Unkenrufen von links, von wo nur immer die Steuererleichterungen der grossen Unternehmen angeprangert werden. Hier gilt es, nach wie vor Augenmass zu halten. Ferner ist zu hoffen, dass mit der Unternehmenssteuerreform III, die massgeblich vom Ausgang der Verhandlungen mit der EU und der OECD abhängt, Lösungen gefunden werden, die den Standort Schweiz und insbesondere denjenigen unserer Stadt nicht schwächen.

Lobenswert scheint mir auch die Feststellung, dass ein grosser Teil der Bevölkerung die Steuern immer noch gerne vorweg und im höheren Umfang als die endgültige Veranlagung ausfällt, bezahlt; nur so lässt sich erklären, weshalb der für die Steuerpflichtigen positive Zins, der für die Stadtkasse Aufwand bedeutet und CHF 391'000.-- ausmacht, um rund CHF 83'000.-- über den negativen Ausgleichszinsen liegt, die für die Stadtkasse Ertrag darstellen. Der Zinssatz liegt ja für beide Seiten bei 0.5%. An dieser Stelle sei allen Steuerpflichtigen für ihr abgeliefertes Manna, das zur Hauptsache die Stadtkasse nährt, gedankt.

Nun noch eine Bemerkung zur ständig gemachten Vorhaltung der linken Ratsseite und insbesondere des Finanzreferenten, wir Bürgerlichen würden die stadteigenen Liegenschaften verlottern lassen, weil wir mit dem Sprechen von Geldern für deren Unterhalt zurückhaltend seien. Eine Rückfrage im Zusammenhang mit den Renovationsarbeiten im Haus zum Käfig hat gezeigt, dass nicht gesagt werden kann, weil hier erst später investiert wurde, sei der Aufwand deswegen höher ausgefallen. Wie uns versichert wurde, soll auf den Budgetprozess 2015 ein neues Tool eingeführt werden, welches eine bessere Übersicht/Budgetierung der verschiedenen notwendigen Unterhaltsarbeiten der städtischen Liegenschaften garantiert. Und was die Liegenschaften Stadthausgeviert anbelangt, vertritt unsere Fraktion klar die Ansicht, dass sich diese Liegenschaften nicht als Verwaltungsliegenschaften nutzen lassen, dafür sind die historischen Gebäude mit den zu kleinen Räumen, den teilweise geringen Raumhöhen mit unterschiedlichem Niveau und insbesondere durch die zu erwartenden Auflagen der Denkmalpflege ungeeignet. Zudem wären wohl auch die behinderungsbedingten baulichen Massnahmen nur schwerlich umzusetzen. Hier gilt es, die Studie, die vom Baureferat versprochen wurde, abzuwarten. Jeder Franken, der zuvor investiert wird, ist herausgeschmissenes Geld. Wie wir gehört haben, soll es aber Investoren geben, die durchaus an dieser Substanz Interesse zeigen, weshalb für uns eine Abgabe des Stadthausgevierts, mit Ausnahme des Stadthauses und allenfalls der Liegenschaft Eckstein, an die Privatwirtschaft im Vordergrund steht. Und hier verstehen wir die Kritik, welche die SP-Fraktion angebracht hat, nicht. Es sind Altlasten, die der aktuelle Baureferent übernommen hat, und mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Zum Schluss noch eine kleine Reminiszenz aus den GPK-Beratungen zur vorliegenden Rechnung:

Mit Nachdruck wollten wir wissen, warum die verschiedenen Einnahmen im Konto

6240.439.000 Betrieb Immobilien, Seite 146 (hier werden die Einnahmen der öffentlichen Toiletten verbucht), um knapp CHF 20'000.-- unter Budget liegen. Im Kommentar stand zu lesen, die Einnahmen seien abhängig von der Anzahl der Benutzer der öffentlichen WC-Anlagen, was darauf schliessen lässt, dass die Schaffhauserinnen und Schaffhauser ein anderes persönliches Bedürfnisverhalten hätten. Nein, die erste Erklärung war, bis anhin seien auf diesem Konto auch die Einnahmen des abgestossenen Geschirrmobils enthalten gewesen. Im Durchschnitt der Jahre wurden aber durch die Vermietung lediglich CHF 2'500.-- bis CHF 3'500.-- Einnahmen erzielt, ergo war uns die Begründung irgendwie nicht stichhaltig genug. Dann kam die Erklärung, man hätte falsch budgetiert, nur im Vorjahr wurde der in diesem Jahr budgetierte Betrag von CHF 55'0000.-- übertroffen, was nun? Schlussendlich ging die Stabsstelle des Baureferats der Sache nochmals nach und lieferte im Nachgang zur Elefantenrunde die plausible Erklärung: *„Es ist also effektiv so, dass die Toiletten-Anlagen am Hauptbahnhof neu durch die SBB geputzt werden, und wir nur noch 50% der Einnahmen haben. Zudem werden die Kassen durch eine Drittfirma geleert, dies kostet auch.“*

Sie sehen, der GPK ist kein "Dreck" zu schmutzig, um dessen finanzielle Abweichung zum Budget nicht vertieft zu analysieren.

Dies einige auserwählte Punkte, die wir im Rahmen der Rechnungsprüfung von Seiten der GPK festgestellt und hinterfragt haben. Unsere Fraktion wird auf die Rechnung eintreten und ihr zustimmen. Als Fraktionsmitglied in der GPK kann ich dem zustimmen, was GPK-Präsident Peter Möller zu Position 6231.366.205 ausgeführt hat (Korrektur von CHF 0.7 Mio.). Ich konnte mich aber dazu nicht mit meiner Fraktion absprechen, da diese Problematik ja erst heute Abend präsentiert wurde.

Den am Rechnungsprozess beteiligten Personen, insbesondere dem Finanzreferenten Peter Neukomm, aber auch den übrigen Stadträten, der Zentralverwaltung unter Ralph Kolb und seinem Team danken wir für die angenehme Zusammenarbeit bestens. "

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Es scheint unbestritten – der Rechnungsabschluss 2013 ist weitgehend erfreulich. Ich möchte deshalb gleich zu Beginn meines Berichts der FDP/JFSH-Fraktion auf drei Schwerpunkte eingehen, welche die Abweichungen bei den Ausgaben erklären:

Dazu gehört die neue Verbuchungssystematik: Die Stadt darf die Kosten für die öffentliche Beleuchtung nicht mehr mit der Ablieferung der Werke verrechnen. Das heisst, beim Aufwand ist die Bruttosumme von CHF 1.6 Mio. enthalten. Der Ertrag steigt aber gleichermassen, weshalb diese Veränderung nur buchhalterisch zu verstehen ist.

In einem weiteren Punkt führt der Systemwechsel bei der Verbuchung der Energieförderprogramme zu Abweichungen bei den Ausgaben. Dazu hat bereits GPK-Präsident Peter Möller informiert. Zusätzlich schlugen bei den Investitionen bestehende Verpflichtungskredite aus den Vorjahren zu Buche. Eine mögliche Gesamtschau könnte an dieser Stelle für das nächste Budget bestimmt zu Verbesserungen führen.

Neben diesen erklärbaren Abweichungen hoffen wir, dass die Stadt insgesamt mit

dem vorliegenden Abschluss der Rechnung auf Kurs bleiben wird.

Ich möchte mich für die gute und übersichtliche Darstellung des Berichts des Stadtrats vom 22. April 2014 zur Jahresrechnung 2013 an den Grossen Stadtrat bedanken. Die Budgetdisziplin in der Verwaltung für das Rechnungsjahr 2013 ist wie im letzten Rechnungsjahr lobenswert. Ich danke dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

Zum Thema Budgetdisziplin noch eine Bemerkung aus unserer Fraktion im Sinne eines Ausblicks: Wir wünschen – oder man könnte auch sagen, wir fordern - dass weiterführende Strategien für einen haushälterischen und verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern gesucht werden müssen. Wir sind überzeugt, dass weitere Sparmassnahmen auch aus städtischer Sicht nötig werden, damit der richtige Weg in die Zukunft eingeschlagen wird. Wir sollten deshalb vieles hinterfragen, sei es in der Kunst oder auch im Sport – letzteres selbst dann, wenn unsere Nationalmannschaft in dieser Stunde ein Tor schießen würde. Schlussendlich müssen wir uns auch als Parlament darum bemühen, dass seriös mit den vorhandenen Mitteln umgegangen wird.

Mit diesem Gedanken wird die **FDP/JFSH-Fraktion** auf die Rechnung 2013 eintreten und den Anträgen des Stadtrates zustimmen. “

René Schmidt (GLP)

OeBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

”Ich möchte zwar lieber über den Erfolg im Fussball und über Argentinien reden, und darüber, dass sie es nicht beherrschen. Nun habe ich heute die Möglichkeit, zur Rechnung 2013 zu sprechen. Am Schluss der Rechnungsdebatte kommt es mir wie in einer Unterrichtsstunde vor: Man wiederholt dies und jenes, und hofft, dass es alle begriffen haben. Auch ich werde heute dies und jenes erneut aufgreifen, möchte aber versuchen, nicht zu sehr in die Tiefe zu gehen.

Die OeBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion hat die Rechnung beraten, wird darauf eintreten und ihr in der vorliegenden Form zustimmen. Ich danke dem GPK-Präsidenten für seinen Bericht mit den Meilensteinen. Aber auch SR Peter Neukomm und Ralph Kolb danke ich für ihre unermüdliche Auskunftsbereitschaft und Dienstleistungen im Zusammenhang mit den verschiedenen Fragerunden. Der Service ist wunderbar, die Zahlen werden in aller Deutlichkeit präsentiert. Statt CHF 3 Mio. minus können schlussendlich CHF 3 Mio. plus ausgewiesen werden. Die Nettoschuld pro Kopf ist von CHF 1'967.-- auf CHF 1'874.-- leicht rückläufig. Ist das der erste Silberstreifen am Horizont, vielleicht sogar das erste Signal einer Trendwende?

Noch löst allerdings die Jahresrechnung 2013 keine Jubelsprünge aus. Wir hoffen aber, dass das positive Momentum anhält, und die Steuerträge weiter wachsen können. Damit dürfte sich ein Aufwärtstrend bestätigen, zumal die Attraktivität unserer Stadt Beachtung findet und die Bevölkerung wohldosiert zunimmt. Qualifizierte Zuwanderer vor allem aus dem nördlichen Nachbarland schliessen bei guter Konjunkturlage weiterhin Lücken im Arbeitsmarkt und stützen das Bevölkerungswachstum und damit auch das Steuersubstrat.

Auch wenn wir in diesem Jahr über einen im positiven Streubereich beziehungsweise über einen ausgeglichenen Haushalts befinden, wissen wir alle in diesem Saal, dass jedes Jahr Sonderfaktoren mitspielen. Wir alle werden bei der Budgetplanung in

diesem Herbst enorm gefordert sein. Trotzdem erinnert mich nur schon der Gedanke an das nächste Budget an ungelöste Probleme wie das Breiteschulhaus. Zur Stadtrechnung 2013 wurde bereits vieles gesagt.

In unserer Fraktion wurden diverse Themen diskutiert. Drei davon möchte ich gerne hier erwähnen:

1. Energiekosten:

Uns fällt auf, dass trotz Umstellung und Zeitbeschränkungen der öffentlichen Beleuchtung der Aufwand von CHF 1.573 Mio. auf CHF 1.759 Mio. angestiegen ist. An verschiedenen Stellen wird in energetisch optimierte Gebäudesanierungen investiert. Die erzielten Kosten- beziehungsweise Energieeinsparungen halten sich aber in Grenzen. Als Beispiel erwähne ich das Künzle-Heim mit Minergie Eco-Standard. So beliefen sich die Energiekosten im Künzle-Heim im Jahr 2012 auf CHF 215'000.-- und im milden Jahr 2013 auf rund CHF 234'000.--.

2. Verpflichtungskredite:

Die Ausgabenkompetenz des Stadtrats als Exekutivorgan ist bekanntlich dadurch begrenzt, dass jede Ausgabe eine Rechtsgrundlage verlangt. Nun gibt es jedoch Vorhaben, für deren Realisierung es notwendig ist, auch über ein Budgetjahr hinaus Verpflichtungen einzugehen. Dies gilt insbesondere für den Investitionsbereich, bei welchem Arbeitsvergaben und Projektaufträge aufgrund des Projektablaufs vergeben werden müssen und die Zahlungsverpflichtungen über das Jahr des laufenden Budgets hinaus zur Folge haben. Um der Exekutive die effiziente Durchführung solcher Projekte zu ermöglichen, kommt das Instrument des Verpflichtungskredits zur Anwendung. Bei einzelnen länger laufenden Projekten erfolgen manchmal während eines oder zweier Jahren keine Aktivitäten. Die GPK hat im Rahmen der Beratung der Jahresrechnung zu bedenken gegeben, dass ein Restkredit nicht bestehen bleiben sollte, wenn bei einem Projekt über einen längeren Zeitraum keine Aktivitäten stattfinden. Sie schlägt deshalb vor, sich eine Zeitlimite zu überlegen. Damit würde sich die Transparenz erhöhen und die reale Notwendigkeit der Restkredite klären.

3. Gemeindevergleiche:

Um die relative Finanzlage der Stadt Schaffhausen im Kanton beurteilen zu können, habe ich einige Finanzkennzahlen von Schaffhausen, Neuhausen und Thayngen verglichen.

	Schaffhausen	Neuhausen	Thayngen
Steuerfuss (% , 2013)	98	97	85
Selbstfinanzierungsgrad (%) über 10 Jahre kumuliert. Der Vergleich wurde 2011 vom kantonalen statistischen Amt gemacht.	85	77	83
Selbstfinanzierungsanteil (% , 2011) Abschreibung auf Verwaltungsvermögen: Je höher, desto besser können Investitionen finanziert werden.	9	4	14
Nettolast pro Einwohner (2011) in CHF	1'978	4'079	2'467
Zinsbelastung (2011)	-6%	-2%	-1%

Ein Gemeindevergleich kann nicht einfach ohne Hinterfragung weiterverwendet werden. Trotzdem zeigen diese Kennzahlen ein positives Bild, was auch einmal erwähnt werden muss.

Jedes Jahr erstellt der Stadtrat einen Jahres- und Verwaltungsbericht. Oft werden die Jahresberichte als Pflichtübung angesehen und langweilen den Leser durch lange Texte und Zahlenkolonnen. Bei dem professionell gestalteten Jahresbericht 2013 kommt ein spannender Erfolgsbericht in unsere Hände, der das Selbstbewusstsein der Stadt Schaffhausen ausdrückt und darum als Instrument für Public Relation-Aktionen eingesetzt werden kann. Besten Dank für die sehr lesbaren und reizvollen Unterlagen.

Zum Schluss ist es unserer Fraktion ein grosses Anliegen, allen Beteiligten für die verantwortungsvolle und grosse Arbeit zugunsten der Stadtbevölkerung im Laufe des vergangenen Jahres ganz herzlich zu danken.

OeBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung:

Die Fraktion wird auf die Jahresrechnung eintreten, dankt allen Beteiligten für die grosse Arbeit und wird ihr in der vorliegenden Form zustimmen. “

Leonardo Pivetta (AL)

AL-Fraktionserklärung

”Keine Angst, ich werde sehr kurz sein. Freude herrscht: Die Rechnung 2013 schliesst mit einem Überschuss von CHF 3 Mio. ab. Seit nunmehr 10 Jahren schreibt die Stadt schwarze Zahlen. Sie scheint die Kosten im Griff zu haben, was sehr erfreulich ist. Auf der Aufwandsseite gab es eigentlich nur eine relevante und grössere Abweichung und zwar im positiven Sinn, nämlich beim Personalaufwand. Dieser macht, vereinfacht gesagt, die Hälfte des Aufwands aus. Bereits zum fünften Mal konnte dieser gesenkt werden, und zwar um satte 3 Mio. Franken. Er macht jetzt anstelle der prognostizierten 46% nur noch 44% des Aufwandes aus. Ich möchte Sie daran erinnern, dass es bereits 2012 gelungen war, den Personalaufwand um CHF 3 Mio. zu senken. Zu erklären ist dies vor allem mit Abgängen älterer Mitarbeitenden, die lohntechnisch deutlich höher eingestuft sind als die neuen jüngeren. Die Neuestellten, dies vor allem bei den Lehrenden, um nur ein Beispiel zu nennen, kommen nicht mehr in den Genuss der Gemeindegulage.

Ich hoffe also, dass Sie dies bei der baldigen Budgetdebatte noch in Erinnerung haben werden und sich für eine spürbarere Lohnsummenerhöhungen in Anerkennung der gut geleisteten Arbeit aussprechen werden.

Auf der Ertragsseite wurde bei den Steuererträgen sowohl der natürlichen wie auch der juristischen Personen eine Punktlandung erreicht. Ein Kompliment sei an dieser Stelle an die zuständigen Mitarbeitenden der Verwaltung ausgesprochen.

Auch was die Erträge anbelangt, möchte ich mich kurz halten und lediglich auf einen Punkt vertieft und kritisch eingehen. Und zwar geht es um die Vermögenserträge, die im Berichtsjahr deutlich höher als budgetiert ausgefallen sind. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Liegenschaftenverkäufe, die während der Budgetierung noch nicht definitiv gesichert waren. Diese spülten CHF 3.5 Mio. in die Kasse.

Wie die AL zu diesen Verkäufen steht, ist Ihnen bereits bekannt. Wir fordern Sie nochmals auf, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Rechnung ohne diese Verkäufe ausgefallen wäre. Würde dann immer noch Freude herrschen? Ist es eine

gute Idee, Verkäufe, also einmalige nicht wiederkehrende Einnahmen in die Laufende Rechnung zu buchen? Buchhalterisch mag dies korrekt sein. Ist es dies aber auch finanzpolitisch? Wie lange noch gedenkt sowohl die Exekutive als auch die grosse Mehrheit dieses Rates mit einem zu tiefen Steuerfuss fortzufahren? Wird es dem Stadtrat auch nächstes Jahr wieder gelingen, durch Verkäufe über CHF 3 Mio. einzunehmen? Oder wird der Personalaufwand zum sechsten Mal in Folge spürbar sinken? Wie nachhaltig ist diese Politik? Machen Sie sich doch ein paar Gedanken bis zur nächsten Budgetdebatte, denn der Investitionsrechnung geht es gar nicht gut. Jeder seriöse Finanzpolitiker würde ihr eine Steuererhöhung oder eine rigorose Diät verschreiben. Früher oder später müssen Sie sich für das eine oder andere entscheiden. Für was die AL entsteht, muss hier nicht erwähnt werden.

Von grossartigen Investitionen kann für das Jahr 2013 kaum die Rede sein. Es wurden vor allem einige Verpflichtungskredite der Vorjahre beansprucht und ein paar Franken in den Hochwasserschutz gesteckt. Und trotzdem musste sich die Stadt wegen mangelnder Investitionsfähigkeit, die im Jahr 2013 mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 82% zum Ausdruck kommt, mit CHF 3.6 Mio. fremdfinanzieren. Lassen Sie sich deshalb von der sinkenden Nettoschuld nicht blenden, denn obwohl erfreulich, steht diese nicht in direktem Zusammenhang mit der steigenden Verschuldung unserer Stadt.

Zum Schluss bedanke ich mich sowohl bei allen GPK-Mitgliedern als auch bei unserem GPK-Präsidenten für die sehr gute und speditive Zusammenarbeit.

Die **AL-Fraktion** wird auf die Rechnung eintreten und ihr wegen der Verkäufe zähneknirschend zustimmen. Denn die Vergangenheit lässt sich nun leider nicht mehr ändern. “

SR Peter Neukomm

Stellungnahme des Stadtrats

“Vorweg danke ich folgendem Personenkreis:

- Den Mitarbeitenden der Stadt und meinen Stadtratskollegen für die präzise Budgetierung und die disziplinierte Mittelverwendung,
- der Zentralverwaltung unter Finanzchef Ralph Kolb für die gute Aufbereitung der Zahlen und die wertvolle Unterstützung bei der Präsentation der Rechnung,
- den Mitgliedern der GPK für die ernsthafte und konstruktive Art und Weise der Prüfung,
- dem GPK-Präsidenten für seinen umfassenden Bericht über die Vorberatungen,
- der Ratssekretärin Gaby Behring für die gewohnt professionelle Protokollierung und
- last but not least, den Steuerzahlenden für die gute Zahlungsmoral, mit der sie dafür sorgen, dass wir - und hier muss Hermann Schlatter besonders gut zuhören, es ist nicht “Manna” für die Stadtkasse - einen hochwertigen Service public und unsere Infrastruktur aufrecht erhalten können, was der ganzen Bevölkerung, sogar derjenigen von Hemmental, zugute kommt. Das Geld versickert nicht in der Stadtkasse. Wir müssen nicht das “Manna” für die Stadtkasse betonen, sondern die Leistungen, die mit diesen Mitteln für unsere Bevölkerung finanziert werden. Dies zu betonen, ist mir sehr wichtig.

Laufende Rechnung:

Die Laufende Rechnung schliesst bei einem Aufwand von CHF 236.7 Mio. - das heisst CHF 4.4 Mio. höher als budgetiert - und einem Ertrag von CHF 239.7 Mio. - also CHF 10.6 Mio. mehr als budgetiert - mit einem Ertragsüberschuss von CHF 3 Mio., also CHF 6.2 Mio. besser als budgetiert, ab. Die Abweichungen sind bezogen auf den Gesamtaufwand respektive Gesamtertrag von rund einer Viertelmilliarde Franken minim. Zu berücksichtigen ist, dass im Mehrertrag rund CHF 5.1 Mio. Buchgewinne und im Mehraufwand CHF 2 Mio. ausserordentliche Abschreibungen für die abgerissenen Gebäulichkeiten der Künzle-Stiftung enthalten sind, was die Abweichungen zusätzlich relativiert.

Vergleicht man die Entwicklung der Saldi der Laufenden Rechnung der letzten 10 Jahre, belegen die mehrheitlich positiven Abschlüsse, dass wir die Kosten für den Service Public zugunsten unserer Bevölkerung im Griff haben. Sie täuschen aber etwas darüber hinweg, und darauf wurde mit Recht hingewiesen, dass wir ein Problem auf der Investitionsseite hatten und noch immer haben. Mangels genügender Investitionsfähigkeit ist im gleichen Zeitraum trotz Ertragsüberschüssen in der Laufenden Rechnung auch unsere Fremdfinanzierung angestiegen.

Der kleine Ertragsüberschuss von CHF 3 Mio. verbessert unser zu kleines Eigenkapital von bescheidenen CHF 16.9 Mio. auf knapp CHF 20 Mio., was erst gut 6.5% der Bilanzsumme von CHF 306.6 Mio. entspricht. Sinnvoll wäre hier ein Eigenkapital von mindestens 10 - 15% der Bilanzsumme.

Aufwand:

Als Dienstleistungsunternehmen stellt naturgemäss der Personalaufwand mit CHF 103.9 Mio. respektive 44% den grössten Brocken dar. Bereits zum fünften Mal in Folge liegt er unter dem Budget, und zwar spürbar mit CHF 3 Mio. Dies ist sehr erfreulich. Zur Erinnerung: Die Lohnentwicklung lag 2013 bei 1%. Dies belegt, dass im beeinflussbaren Bereich die Anstrengungen des Stadtrats fruchteten und einiges unternommen wurde, um die Finanzen im Griff zu behalten.

Die anderen beiden grossen Ausgabenblöcke Sachaufwand und Beiträge sind minim höher ausgefallen als budgetiert. Die Beiträge liegen bei 24% (CHF 57.2 Mio.). Der Sachaufwand bei 16% (CHF 37.6 Mio.), also Fr. 3.5 Mio. über dem Voranschlag. Darin finden sich aber erklärebare Sonderfaktoren, wie die CHF 2 Mio. im Energiebereich. Davon entfallen CHF 1.6 Mio. auf die geänderte Verbuchungssystematik bei der öffentlichen Beleuchtung. Ich werde darauf nicht mehr näher eingehen. Auf das Gesamtergebnis hat dies aber keinen negativen Einfluss, da dieser Ausgabe beim Ertrag eine gleichhohe Einnahmeposition gegenübersteht. Die effektiven Mehrkosten beim Sachaufwand sind deshalb bescheiden.

Die Beiträge liegen mit CHF 57.2 Mio. CHF 3.2 Mio. über dem Voranschlag.

Während die Entschädigungen an Gemeinwesen mit CHF 9.95 Mio. ziemlich genau dem Voranschlag (CHF 10.1 Mio.) entsprechen, konnte bei den eigenen Beiträgen mit CHF 46.7 Mio. das Budget nicht ganz eingehalten werden. Der Beitrag für den Gemeindeanteil an die Krankenkassenprämienverbilligung fiel mit CHF 6.12 Mio. Mio. nur rund CHF 0.1 Mio. höher als angenommen aus.

Trotz mehr oder weniger Vollbeschäftigung lag auch die soziale Unterstützung CHF 1.5 Mio. höher als prognostiziert. Das sind Auswirkungen der ALV- und

IV-Revisionen. Wie befürchtet, schlagen diese vor allem auf Gemeindeseite durch. Arbeitnehmende über 50 Jahren sind schwierig in den Arbeitsmarkt integrierbar. Da hat die Wirtschaft eine Verantwortung, die sie offenbar nicht vollumfänglich wahrnimmt. Diesen Mehrausgaben stehen aber beim Ertrag auch höhere Rückerstattungen gegenüber. Einmalige Mehrausgaben im Vergleich zum Voranschlag stellen die CHF 0.8 Mio. dar, die sich aus der Bereinigung der aufgelaufenen Förderbeiträge im Energiebereich ergeben. Aufgrund einer Forderung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht 2012 musste bei der Verbuchung vom System der ausbezahlten auf das der vereinbarten Beiträge umgestellt werden.

Damit komme ich zum Antrag des GPK-Präsidenten: Zugegebenemassen ist dies eine sehr ärgerliche Sache, die eigentlich nicht hätte passieren dürfen. Der Stadtrat wehrt sich nicht gegen diesen Antrag. Anlässlich der GPK-Sitzung vom 21. Februar 2014 gingen wir für die Bereinigung der zugesicherten Energieförderbeiträge aus den Jahren 2008 bis 2013 von einem Rückstellungsbedarf von CHF 729'000.-- aus. Es war vorgesehen, diese mit der Rechnung 2013 zu erledigen. Anlässlich des Abschlusses 2013 wurde der Zentralverwaltung vom Budgetverantwortlichen für die Energieförderbeiträge mitgeteilt, dass aufgrund von Bereinigungen nun doch keine Rückstellungen nötig seien. Deshalb sind in der vorliegenden Jahresrechnung die bei der Beratung in der GPK im Februar vorgesehenen Rückstellungen nicht eingestellt worden. Nun wurde heute Morgen vom Stadtökologen die Aussage des Budgetverantwortlichen im Jahresabschlussprozess wieder in Frage gestellt. Da der zuständige Budgetverantwortliche seit fast vier Wochen krank ist, konnten die neuen Aussagen nicht verifiziert werden. Sie wurden in der Folge der FIKO mitgeteilt, die ihrerseits den GPK-Präsidenten entsprechend informierte. Wir können daher zurzeit keine Detailangaben zu den effektiven Beträgen machen und sind der Ansicht, dass die definitive Bereinigung auch über die Rechnung 2014 vorgenommen werden könnte. Es geht hauptsächlich um Zusicherungen aus früheren Jahren, die nicht mehr periodengerecht bereinigt werden können. Es ist aber auch möglich, den Betrag von CHF 729'000.-- im Sinne des GPK-Beschlusses und aufgrund des Vorsichtsprinzips bereits heute einzustellen. Wie gesagt, der Stadtrat wehrt sich nicht dagegen. Ich hoffe auf baldige Klarheit bezüglich des effektiven Betrags.

Aus der Übersicht der Ausgaben nach funktionaler Gliederung ist ersichtlich, in welche Aufgabenbereiche das Geld 2013 geflossen ist. Nach wie vor stellt die Soziale Wohlfahrt mit CHF 81 Mio. den grössten und am stärksten ansteigenden Bereich dar. 2008 betragen diese noch CHF 62.2 Mio., also fast CHF 20 Mio. weniger. Zusammen mit den CHF 35.1 Mio. der Bildung machen die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt also mehr als die Hälfte der gesamten städtischen Ausgaben.

Die Gesundheit mit CHF 9.4 Mio. und der Verkehr mit CHF 17 Mio. haben 2013 etwas mehr vom "Kuchen" beansprucht, wobei sich beim Verkehr auch wieder die neue Bruttoverbuchung der öffentliche Beleuchtung auswirkt. Alle anderen Teile der funktionalen Gliederung blieben mehr oder weniger stabil.

Ertrag:

Gut ersichtlich ist hier, dass praktisch alle Ertragsarten gesteigert werden konnten, was sehr erfreulich ist.

Der Steuerertrag betrug sehr erfreuliche CHF 118.5 Mio. Er liegt CHF 1.1 Mio. über dem Voranschlag und CHF 7.8 Mio. über der Rechnung 2012. Mit einer Differenz von knapp 1% war die Budgetierung hier extrem genau, wofür ich unserer Steuerverwaltung und derjenigen des Kantons ein Kränzchen winden muss. Das gilt

für die natürlichen Personen mit CHF 81 statt CHF 80.4 Mio. und für die juristischen Personen mit CHF 14.2 statt CHF 14 Mio. Wir kommen damit wieder in die Nähe der Werte, die wir vor der Finanzkrise hatten.

Die grössten Abweichungen zum Budget sind bei den Zu- und Abrechnungen der Vorjahre der juristischen Personen mit plus CHF 2.5 Mio. und bei den Quellensteuern minus CHF 1.3 Mio. zu verzeichnen.

Die Vermögenserträge über CHF 14.1 Mio. fielen CHF 4.2 Mio. höher aus als budgetiert. Darin enthalten sind die Liegenschaftenerträge über CHF 6.2 Mio.

An Buchgewinnen auf Anlagen des Finanzvermögens wurden CHF 5 Mio. statt der budgetierten CHF 1.5 Mio. erzielt.

Die Entgelte von CHF 68.8 Mio. liegen CHF 2.4 Mio. höher als budgetiert. Die Heimtaxen und Kostgelder mit CHF 28.4 Mio. sind CHF 1.24 Mio. tiefer als im Voranschlag.

Die Rückerstattungen von CHF 12.2 Mio. liegen CHF 2.8 Mio. über Budget. Haupttreiber bilden die Rückerstattungen für die Existenzsicherung, die CHF 1.6 Mio. höher ausgefallen sind.

Investitionsrechnung:

Total stehen CHF 45 Mio. Bruttoinvestitionen CHF 20 Mio. Nettoinvestitionen gegenüber.

Im Verwaltungsvermögen stehen CHF 39.8 Mio. Ausgaben und CHF 21.3 Mio. Einnahmen gegenüber; im Finanzvermögen CHF 5.2 Mio. Ausgaben gegenüber CHF 9.2 Mio. Einnahmen.

Die grössten Unterschiede gegenüber dem Budget ergeben sich im Verwaltungsvermögen (VV) in den Sachgruppen Tiefbauten (CHF 2.7 Mio.) und Hochbauten (CHF 4.6 Mio.) sowie im Finanzvermögen (FV) bei den Grundstücken (CHF 2.1 Mio.) und den Hochbauten (CHF 2.7 Mio.). In den im Bericht an den Grossen Stadtrat aufgeführten Tabellen werden die Projekte, welche in absoluten Zahlen am wesentlichsten zu diesen Abweichungen beigetragen haben, nach der jeweiligen Sachgruppe aufgelistet. Darin finden sich Projekte wie der Hochwasserschutz der Durach, die Sanierung der Rhybadi, das neue Kulturgüterdepot im Ebnat oder die Erneuerung der Abdankungshalle im Waldfriedhof.

Die Budgetabweichungen bei den Ausgaben sind primär aufgrund bestehender Verpflichtungskredite entstanden. Um diesem Umstand verbessert Rechnung tragen zu können, werden die Verpflichtungskredite künftig aktiver bewirtschaftet. Vornehmliches Ziel soll dabei sein, die Gesamtverpflichtungen sowohl in der Höhe als auch bezüglich aktiver Gültigkeitsdauer spürbar zu reduzieren. Um dies zu erreichen, ist mit dem Budget für das Jahr 2015 geplant, die voraussichtliche Beanspruchung bestehender Kredite frühzeitig im so genannten Budgetzusatz unter der Cash Out Betrachtung systematisch zu erfassen und kritisch zu hinterfragen.

Die erhebliche Differenz zum Voranschlag bei den Ausgaben im Bereich der Darlehen und Beteiligungen von CHF 20.5 Mio. gegenüber CHF 1.5 Mio. rührt daher, dass diese Positionen erst ab dem Jahr 2014 budgetiert werden. Die

Nicht-Budgetierung der Darlehen und Beteiligungen wirkt sich aber nicht nur auf der Einnahmeseite, sondern auch auf der Ausgabenseite aus.

Bei den Beiträgen für eigene Rechnung über CHF 7.1 Mio. ergaben sich gegenüber dem Budget CHF 2.2 Mio. Mehreinnahmen.

Kennzahlen:

Die negative Zinsbelastungsquote von minus 0.53% und der Nettozinsaufwand von minus CHF 1.2 Mio. bedeuten, dass die Zins- und Liegenschaftenerträge die zu zahlenden Zins- und Liegenschaftenaufwendungen übersteigen.

Es ist absehbar, dass die Verschuldung aufgrund der anspruchsvollen Investitionen der nächsten Jahre (Aggloprogramm, Wohnraumentwicklung, Schulhaus Breite, Kindergarten Herblingen, gemeinsame Werkhöfe, Stadthausgeviert, Rheinufer) noch einmal ansteigen wird. Der Stadtrat wird aber dafür besorgt sein, dass sie in einem vertretbaren Rahmen bleibt. Dies haben wir bereits im Rahmen der Vorlage zur Initiative Schuldenbremse aufgezeigt.

Erfreulicherweise sinkt die Nettoschuld von CHF 69.5 Mio. im Rechnungsjahr 2012 auf CHF 66.9 Mio. oder umgerechnet pro Kopf der Bevölkerung von CHF 1'957.-- auf CHF 1'874.--.

Fazit:

Positiv zu werten ist die Tatsache, dass die Stadt die beeinflussbaren Kosten im Griff hat. Dies kommt in der Laufenden Rechnung gut zum Ausdruck. Diese konnte trotz anspruchsvollem Umfeld ausgeglichen gestaltet werden. Ein wichtiger Grund dafür ist sicher, dass man von Seiten des Stadtrats die Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt und ernst genommen hat. Die Stadt ist 2013 mit den ihr anvertrauten Mitteln einmal mehr sehr zurückhaltend umgegangen, was in einer extrem hohen Budgetgenauigkeit und einer sehr guten Budgetdisziplin zum Ausdruck kommt.

Die Abweichungen in der Laufenden Rechnung sind sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben grösstenteils marginal. Die Hausaufgaben sind also gemacht worden. Dies belegt auch die Tatsache, dass der Personalaufwand als grösster Ausgabeposten zum fünften Mal in Serie unter Budget abschliesst. Hier haben die strikten Vorgaben des Stadtrats und die SLA Wirkung gezeigt: Sie bringt uns bereits eine wiederkehrende Verbesserung von insgesamt CHF 1.8 Mio. (geplant: CHF 1.2 Mio.). Die SLA soll per Ende 2014 abgeschlossen und 2015 darüber Bericht erstattet werden. Erfreulich sind sicher auch die positiven Zins- und Liegenschaftenerträge, was mit einer professionelleren Bewirtschaftung zusammenhängt.

Der Finanzierungsfehlbetrag von CHF 3.6 Mio. und der Selbstfinanzierungsgrad von 82% zeigen, dass wir nach wie vor über eine ungenügende Investitionsfähigkeit verfügen.

Ausblick:

Der positive Abschluss 2013 fällt in eine Phase der Unsicherheit bei der Einschätzung der künftigen Entwicklungen. Optimistisch stimmen die zuversichtlichen Meldungen über den Konjunkturverlauf für das laufende und kommende Jahr. Auch wenn sie wieder nach unten korrigiert worden sind, sollte das Wachstum immer noch bei rund 2% liegen.

Auch bei der Entwicklungsstrategie sind wir auf Kurs und können die Resultate in

Form eines erhöhten Steuersubstrats ernten.

Wie lange diese positiven Parameter anhalten werden, ist sehr unsicher. Es gibt verschiedene Punkte, die darauf hindeuten, dass es finanziell noch wesentlich anspruchsvoller werden könnte. Auf kantonaler Ebene droht mit dem Bericht BAK Basel und dem Entlastungsprogramm 2014 Ungemach. Die kantonale Finanzdirektorin hat anlässlich der Rechnungsdebatte vom 23. Juni festgehalten, dass den Gemeinden kein Vorteil aus den Sparanstrengungen des Kantons erwachsen soll. Solche würden kompensiert. Was dies genau heisst, bleibt unklar. Wir werden uns aber dezidiert gegen jegliche Lastenverschiebungen auf die Gemeinden wehren, weil dies nicht gespart ist, sondern damit das Problem nur verschoben wird.

Ungemach droht auch mit der Unternehmenssteuerreform III, das heisst mit allfälligen weiteren Ausfällen bei den Einnahmen der juristischen Personen. Und schlussendlich wissen wir auch noch nicht, ob die zusammen mit dem Kanton erfolgreich betriebene Entwicklungsstrategie durch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative mittelfristig in Frage gestellt wird. Schlussendlich droht auch noch Ungemach durch die Volksinitiative Schuldenbremse. Die Stadt würde mit ihr auf viele Jahre hinaus schlicht investitionsunfähig. Deshalb hat der Stadtrat einen konstruktiven Gegenvorschlag eingebracht.

Wir werden natürlich alles in unserer Macht stehende unternehmen, damit in unserer Stadt auch künftig eine positive Entwicklung möglich ist, und sie als Wohn- und Wirtschaftsstandort attraktiv und finanziell handlungsfähig bleibt. Wir sind zuversichtlich, dass uns dies gelingen kann, sofern der Grosse Stadtrat und das Volk am gleichen Strick ziehen.

Ich komme zum Schluss: Sie haben gehört, dass die Finanzkontrolle dem GPK-Präsidenten mit Zwischenbericht vom 17. Juni 2014 mitgeteilt hat, dass es aus Sicht der Revision und aufgrund der bisherigen, noch nicht abgeschlossenen Prüfungen keine Einwände gegen die Abnahme der Jahresrechnung 2012 durch den Grossen Stadtrat gibt. Der Stadtrat bittet Sie, dem Antrag der GPK zuzustimmen.

Kurze Stellungnahme zu einzelnen Aussagen:

Parkplatzreglement: Die Mitglieder der GPK wissen, dass die Umsetzung etwas mehr Zeit als angenommen benötigt, nicht nur, weil es ein heisses Eisen ist, sondern auch wegen mangelnder personeller Ressourcen. Sobald diese vorhanden sind, wird die Umsetzung vorangetrieben, zumal ja die Einnahmen in die Stadtkasse fliessen sollen.

SLA: Wird abgeschlossen und der Bericht folgt. Ein Nachfolgeprojekt ist angedacht; es wird jedoch keine SLA mehr sein. Es ist immer wieder möglich, sich zu verbessern. Zur Effizienzsteigerung haben wir einen Dauerauftrag. Ich muss Sie insofern enttäuschen, dass keine Millionenbeträge zu erwarten sind; dies wäre nur dann möglich, wenn Sie Leistungen zulasten der Bevölkerung streichen. Diese müssten klar definiert werden.

Wir haben von der FDP gehört, bei Kultur und Sport sollen die Leistungen heruntergefahren werden. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass sich die FDP in diesem Bereich profilieren möchte. Vielleicht folgen noch weitere Vorschläge. Wir sind personaltechnisch derart dünn besetzt, dass es Bereiche geben wird, die wieder

aufgestockt werden müssen; zum Beispiel im Finanzbereich wird mit HRMII nicht nur Schaffhausen mehr Personal einsetzen müssen.

Zur Aussage von Hermann Schlatter, dass es gar nicht so schlimm sei, wenn die nötigen Investitionen in die Infrastruktur nicht gemacht werden. Das beste Beispiel dafür hat er selbst erwähnt: Das Stadthausgeviert, wo seit 60 Jahren keine Investitionen mehr getätigt wurden. Wir sind aufgrund feuerpolizeilicher Vorgaben gezwungen, in nicht mehr bewohnbare Liegenschaften zu investieren. Wenn nicht rechtzeitig investiert wird, sind dies aufgelaufene Schulden, eine Tatsache, die wir - und vor allem auch diejenigen, die es nicht gerne hören - uns hinter die Ohren schreiben müssen.

Zu Leonardo Pivetta: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, nochmals zu deponieren, dass wir nicht nur Liegenschaften verkaufen, sondern wir kaufen auch solche. Wir haben Ihnen angekündigt, dass wir dieses Jahr eine höhere Investition tätigen werden, um einen wesentlichen Teil des gemeinnützigen Wohnungsbaus erhalten und sichern zu können. Ich verwahre mich dagegen, dass die Stadt nur Liegenschaften verkauft. Sie werden dies auch in der Rechnung 2014 sehen.

Abschliessend bedanke ich mich für die positive Aufnahme der Jahresrechnung und bin jetzt gespannt auf die Detailberatung. “

SR Dr. Raphaël Rohner

Votum

”Zum Thema Stadthausgeviert, das von Peter Möller erwähnt wurde: Es liegen keine pfannenfertigen Unterlagen oder gar eine Vorlage vor; im Gegenteil, wir sind zurzeit daran, mit der Stadtbaumeisterin entsprechende Unterlagen aufzubereiten und verschiedene Nutzungsvarianten zu prüfen sowie die entsprechenden Kostenfolgen zu analysieren. Es besteht Handlungsbedarf, und es handelt sich effektiv um eine “grosse Kiste”. Wir müssen möglichst schnell Lösungen finden, die finanzierbar sind und einen Mehrwert für die Schaffhauser Bevölkerung, aber auch für die Stadt und den städtischen Haushalt schaffen. “

DETAILBERATUNG

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

Die **1. Vizepräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, verliest das gebundene Buch der Jahresrechnung 2013 der Stadt Schaffhausen wie folgt:

III. Laufende Rechnung

Walter Hotz (SVP) zu Seite 110, 5140.318.000:

”Ich beziehe mich auf den Nachtragskredit KSS neue Betriebsform vom 26. März 2013 über einen Betrag von CHF 34'000.--. Warum muss der Steuerzahler die Kosten für einen Projektauftrag an einen Professor der Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur übernehmen?

SR Urs Hunziker:

”Dieses Projekt ist noch nicht verbucht und noch nicht abgeschlossen. Die von Walter Hotz gestellte Frage, weshalb der Steuerzahler dies bezahlen soll, kann wie

folgt beantwortet werden: Es war ein Beschluss des Stadtrats, und ich hoffe, dass auch dem Grossen Stadtrat sehr viel daran liegt, dass wir in der KSS eine neue Betriebsform erhalten. Das Projekt wäre mit eigenen Mitteln und schlichtweg nicht über die in der Leistungsvereinbarung garantierten Beträge finanzierbar. "

Walter Hotz (SVP) zu Seite 112, 5140.365.302:

"Ich spreche zum Nachtragskredit vom 17. Dezember 2013 über einen Betrag von CHF 30'000.--, der an den VC Kanti für einen Europacup-tauglichen Spielboden gesprochen wurde und möchte wissen, ob der Stadtrat einmal ausgerechnet hat, mit wie viel Franken der Steuerzahler damit die Eintritte subventioniert hat. "

SR Urs Hunziker:

"Dies haben wir nicht ausgerechnet. Zusammen mit dem Regierungsrat haben wir es an einer gemeinsamen Sitzung als angebracht erachtet, dem VC Kanti zu ermöglichen, die Europacup-Spiele durchführen zu können, wenn wir schon die entsprechende Halle haben, an die der Steuerzahler bis anhin ja noch nichts bezahlt hat. Es war eine angemessene Ausgabe, die längerfristig und nachhaltig ist. Ich wiederhole: Regierungs- und Stadtrat haben an einer "Notfallsitzung" beschlossen, diesen Hallenboden mitzufinanzieren; der VC Kanti und die Stiftung NHTZL haben sich je zu einem Viertel an den Kosten beteiligt. Im Übrigen verweise ich auf die Beantwortung in der GPK. "

Walter Hotz (SVP) zu Seite 128, 5601 Kulturförderung:

"Ich spreche zum einmaligen Beitrag Stiftung Georg Fischer-Preis zur langfristigen Sicherung des Fortbestands der Stiftung. Gelder verteilt werden nur durch den Stiftungsrat. Für die Verleihung der Preise werden gemäss Statuten nur Personen berücksichtigt, die im Kanton leben oder dessen Bürgerrecht besitzen. Nun ist es interessant, dass im Jahr 2010 Herr und Frau Raussmüller den Preis erhalten haben, obwohl sie weder das Bürgerrecht in Schaffhausen haben noch im Kanton Schaffhausen leben. "

Peter Möller (SP) zu Seite 144, 6231.366.205 Förderprogramme Energie:

"Wie angekündigt, stelle ich Antrag auf Erhöhung dieser Position um CHF 700'000.--. Die Begründung haben Sie bereits gehört. "

SR Peter Neukomm:

"Wie bereits in meinem Votum ausgeführt, wehrt sich der Stadtrat nicht gegen diesen Antrag. Eine Bereinigung wäre auch in der Rechnung 2014 möglich. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag von Peter Möller (SP) mit 32:0 Stimmen gut.

IV. Investitionsrechnung

Keine Wortmeldungen

V. Verpflichtungskreditkontrolle

Keine Wortmeldungen

VI. Spezialfinanzierungen

Keine Wortmeldungen

VII. Städtische Fonds

Keine Wortmeldungen

VIII. Spezialverwaltungen

Keine Wortmeldungen

IX. KSD, Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverarbeitung

Keine Wortmeldungen

X. Betriebe

Keine Wortmeldungen

Kapitel I und II: Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung, Sachgruppenstatistik

Keine Wortmeldungen

Bericht und Antrag des Stadtrats vom 22. April 2014 zur Jahresrechnung 2013 an den Grossen Stadtrat:

Die **1. Vizepräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, verliest den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 22. April 2014, Seite I-XLIX sowie den Antrag auf Seite L wie folgt:

ANTRAG

Die vorliegende Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird gemäss Art. 27 Abs. 1 lit. h der Stadtverfassung genehmigt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Mitteilung des Ratspräsidenten Georg Merz (OeBS):

„Gemäss Art. 27 Abs. 1 lit. h der Stadtverfassung ist es auch Aufgabe des Grossen Stadtrats, den Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2013 des Stadtrats zu genehmigen.“

Wortmeldung zum Geschäfts- und Verwaltungsbericht des Stadtrats 2013:

Walter Hotz (SVP) zu Seite 28, Bildung 5100 Schulamt und Stadtschulrat:

„Wie Sie wissen, haben wir im März 2012 das Postulat mit 28:0 Stimmen überwiesen, welches dem Stadtschulrat den Auftrag gegeben hat, einen Bericht über seine Tätigkeiten zu verfassen. Dieser Bericht ist jetzt ausführlicher wie in vergangenen Jahren ausgefallen. Dazu folgende Bemerkung: Aus dem Bericht ist aber leider nicht ersichtlich, wie die Lehrerqualifikationen (LQS) von den verschiedenen Stadtschulräten durchgeführt wurden. Schon in der letzten Legislatur bestand das Problem, dass zwei Vertreter des Stadtschulrates keine oder fast keine Lehrerqualifikationen gemacht haben. Leider ist dies auch in diesem Quartal der Fall. Deshalb möchte ich beliebt machen, in diesem Bericht zukünftig gemäss Pflichtenheft der Stadtschulräte auch aufzuführen, wer, wo, was und wann seine Lehrerqualifikationen durchführte. Es kann nicht sein, dass zwei Personen diese Pflicht nicht erfüllen und der Rest der Stadtschulräte damit überlastet wird.“

Dr. Nathalie Zumstein CVP)

Votum

„Ich spreche als Stadtschulrätin zu Ihnen und vertrete die Meinung, dass man nicht

jedes Jahr LQS durchführen kann, die dem gerecht werden, was diese eigentlich bringen sollten. Wenn ein Stadtschulrat neu ist, die Lehrpersonen noch nicht kennt und ein schwieriges Ephorat mit vielen Feuerwehrrübungen antritt, kann er wahrscheinlich auch gar keine LQS durchführen, die ihrem Namen gerecht werden. Deswegen finde ich die Forderung von Walter Hotz nicht richtig. Wir sind eine Kollegialbehörde und besprechen gemeinsam, ob die LQS eventuell aufgeteilt werden müssen. “

Katrin Huber Ott (SP)**Votum**

”Ich habe Verständnis für die Forderung von Walter Hotz nach vollkommener Transparenz. Ich möchte jedoch an dieser Stelle auch festhalten, dass mir als Präsidentin dieser Kollegialbehörde die Qualität der ausgeführten LQS wesentlich wichtiger ist als die Quantität. Ein Bericht über die Anzahl ist nichtssagend, wenn nicht auch die Qualität ein Beurteilungskriterium ist. Jene zwei Schulräte, die noch keine LQS gemacht haben, haben zwar mit allen Lehrern Gespräche und Besuche durchgeführt, aber ganz klar deklariert, sie möchten sich zuerst einen Überblick über ihre Mitarbeitenden verschaffen, bevor sie Qualifikationen durchführen. Die Qualität steht mir persönlich wirklich zehnmal näher als die Quantität. Die Stadtschulräte wissen, dass sie im zweiten Jahr ihre Pflichten erfüllen möchten und werden, auch bezüglich Anzahl LQS. Ich bitte um Verständnis. Die gewählten Personen sind gute Leute, die auch ihre Arbeit seriös machen. “

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

”Wir wissen alle, dass es um drei neue Amtspersonen geht. Nach den soeben gehörten Wortmeldungen sieht es für mich so aus, dass es im ersten Jahr gar nicht möglich ist, die LQS durchzuführen. Heisst das jetzt, dass diese Person, welche die LQS gemacht hat, nicht korrekt qualifiziert hat? Dies steht jetzt für mich offen im Raum. “

Mariano Fioretti (SVP)**Votum**

”Ich gehöre zum Stadtschulratsgremium. Wir haben soeben gehört, dass die LQS von einigen Schulräten gemacht, von anderen aber nicht durchgeführt werden. Ich gehöre zu denjenigen, die Beurteilungen vorgenommen haben und finde es nicht gut, dass bei denjenigen, die neu im Amt sind und LQS gemacht haben, nun die Qualität angezweifelt wird. Ich betone an dieser Stelle, dass alle LQS, die von mir gemacht werden, mit mindestens drei Besuchen à drei bis vier Stunden hinterlegt sind. Damit kann ich mir ein sehr gutes Bild verschaffen. Bis jetzt habe ich sowohl von Seiten der Schule als auch von der Lehrerschaft keine negativen Äusserungen gehört, auch wenn ich kritisch beurteilt habe. Ich möchte festhalten, dass die pauschale Aussage, neue Stadtschulratsmitglieder seien nicht in der Lage, LQS durchzuführen, meines Erachtens nicht gemacht werden kann. “

Der **Ratspräsident** hält an dieser Stelle fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird, der Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2013 des Stadtrats ist somit genehmigt.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde Schaffhausen des Stadtrats in seiner Schlussabstimmung mit 34:0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN

Georg Merz (OeBS) verliert das Rücktrittsschreiben von Hansueli Scheck (SVP) per 31. Juli 2014 wie folgt:

*Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren*

Mit Bedauern muss ich Ihnen meinen Rücktritt aus dem städtischen Parlament auf den 31. Juli 2014 bekannt geben. Dieser Entscheid fällt mir sicher nicht leicht, aber ich sehe keine andere Möglichkeit, als mich von diesem Amt zu entlasten. Meistens kommt es anders, als man denkt.

Unsere Tochter, die eigentlich auch auf dem Betrieb mitarbeitet, hat mit ihren drei kleinen Kindern momentan keine Zeit dazu, und daher ist meine vermehrte berufliche Anwesenheit auf dem Hof unabdingbar. Dazu kommt, dass unsere „Bergbauerntochter“ Ende Juli ihr zweites Kind erwartet. Auch im Bündnerland sind wir als Grosseltern vielfach gefragt. Mein kleines Pensum als Mesmer der Steigkirche, welches einige Stunden Zeit pro Monat beansprucht, möchte ich nicht aufgeben.

Durch diese Umstände sind Abwesenheiten an Sitzungen unausweichlich und befriedigen aber niemanden. Ich kann so meine Parlamentstätigkeit nicht weiterführen, ohne dass meine Familie, mein berufliches Umfeld und meine Gesundheit darunter leiden.

Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute und Weitsicht für unsere wundervolle lebenswerte Stadt.

Auch möchte ich mich bei meiner Bürokollegin und den Bürokollegen für die kollegiale Zusammenarbeit bedanken.

Herzlichen Dank für die vielen schönen Begegnungen.

Der **Ratspräsident** würdigt die Ratstätigkeit von Hansueli Scheck (SVP) wie folgt:

„Hansueli Scheck trat im Januar 2012 sein Amt im Grossen Stadtrat mit viel Engagement an. Er wurde zum Stimmzähler gewählt und nahm dadurch auch Einsitz im Büro des Grossen Stadtrates. In der Spezialkommission zur Beratung der Energievorlage hatte er ebenfalls Einsitz und hat sich mit den sehr umfangreichen Unterlagen gut auf die 8 Sitzungen vorbereitet und konstruktiv mitgearbeitet.

Es ist eine gute Eigenschaft von Hansueli, das, was er macht, mit ganzem Einsatz zu erledigen. Ich bedaure seinen Rücktritt sehr, kann seinen Entscheid aber auch

verstehen und muss diesen annehmen. Ich bedanke mich im Namen aller bei Hansueli für die geleistete Arbeit. Für Deine Zukunft wünsche ich Dir alles Gute. “

Schlussmitteilungen des Ratspräsidenten:

”Der Stadtrat hat heute, am 1. Juli 2014, als Ersatz von Hansueli Scheck Markus Leu (SVP) gewählt.

Nun, erlauben Sie mir zum Abschluss der heutigen Sitzung noch einen kurzen Rückblick auf die erste Hälfte des Jahres 2014: Ich habe den Eindruck, dass wir alle gut gearbeitet haben, die verhandlungsbereiten Geschäfte umgehend erledigen konnten und einander in der Regel mit gebührendem Anstand begegnet sind.

Ich wünsche mir dieses Engagement auch für die nächsten sechs Monate sowie gut vorbereitete Sitzungen und weise Entscheidungen. Ich denke vor allem an einige wichtige Geschäfte wie die Energievorlage, das Fussballstadion und das Schulhausprojekt Breite. Vorerst wünsche ich Ihnen jetzt aber eine schöne Sommerpause. “

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:04 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring